

Realitätsverweigerung durch Bärbel Bas: "Niemand wandert in unsere Sozialsysteme ein!"

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 7. Mai 2026, 08:23

Die Behauptung von Bärbel Bas, niemand wandere in deutsche Sozialsysteme ein, wirkt auf viele Bürger wie eine bewusste Verharmlosung der Realität. Denn selbstverständlich gibt es Menschen, die gezielt wegen hoher Sozialleistungen nach Deutschland kommen oder dauerhaft im Leistungsbezug bleiben. Das zeigen nicht nur die Zahlen beim Bürgergeld, sondern auch zahlreiche Fälle von organisiertem Sozialmissbrauch und überlasteten Kommunen.

Wer bezieht Bürgergeld in Deutschland?

Aktuelle Daten: März 2026



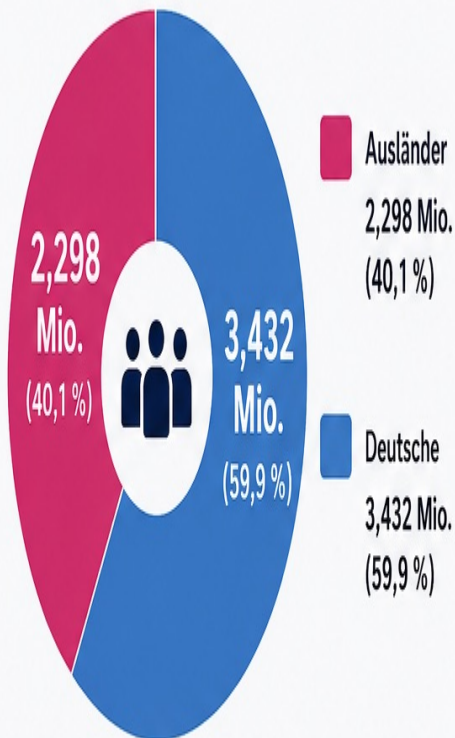
Bürgergeld-Empfänger insgesamt

5,730 Mio.

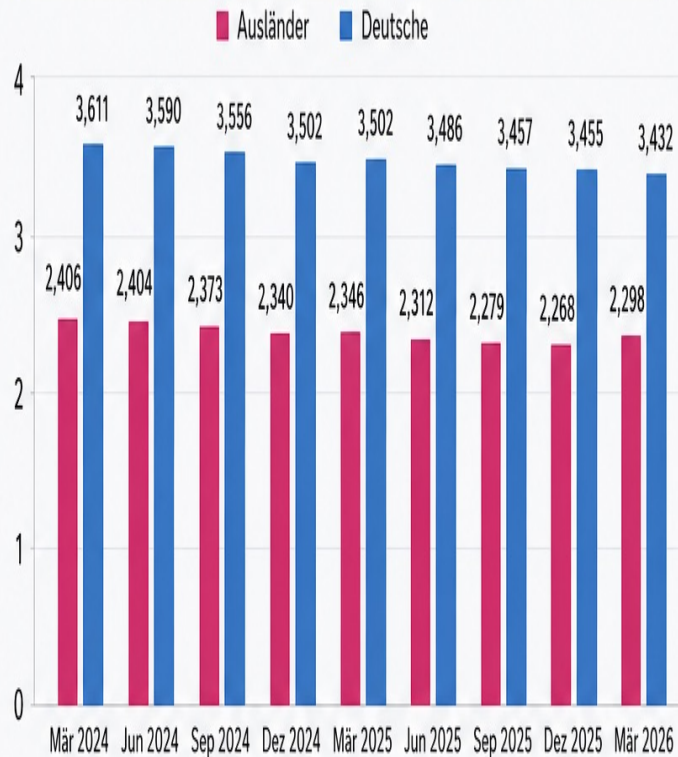
Veränderung zum Vorjahresmonat

↓ -2,0 % (Mär 2025: 5,848 Mio.)

Bürgergeld-Empfänger nach Staatsangehörigkeit



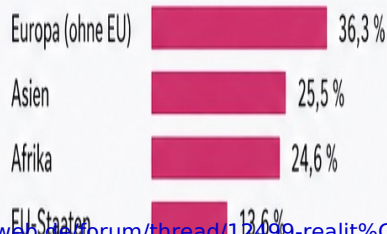
Entwicklung nach Staatsangehörigkeit (in Mio.)



i Rundungsbedingt können die Summen abweichen.

Ausländeranteil nach ausgewählten Herkunftsregionen

März 2026



40,1 %
Ausländer

2,298 Mio. Personen

59,9 %
Deutsche

3,432 Mio. Personen

<https://albertwobbeforum/thread/12499-reality-C3%A4tsverweigerung-und-b-C3%A4rbeit-losigkeit-wandert-in-unsere-sozialsysteme-e/>

i Anteil an allen ausländischen Bürgergeld-Empfängern.



Eine solche Aussage von Bärbel Bas vermittelt den Eindruck, dass politische Verantwortungsträger die Sorgen der Bevölkerung entweder nicht ernst nehmen oder offensichtliche Entwicklungen nicht offen ansprechen wollen. Oder schlicht keine Ahnung haben. Genau dadurch entsteht weiteres Misstrauen gegenüber der etablierten Politik.

Deutschland verfügt über eines der leistungstärksten Sozialsysteme Europas. Wenn gleichzeitig die Grenzen über Jahre nur unzureichend kontrolliert werden und der Staat kaum zwischen qualifizierter Einwanderung und ungesteuerter Migration unterscheidet, entstehen zwangsläufig Fehlanreize.

Kritiker dieser Zustände fordern deshalb:

- konsequente Kontrolle der Migration,
- klare Trennung zwischen Asyl und Arbeitseinwanderung,
- strengere Regeln beim Bürgergeld,
- schnellere Abschiebungen bei fehlendem Bleiberecht,
- und einen Sozialstaat, der zuerst denjenigen dient, die ihn über Jahre finanziert haben.

Die zentrale Kritik lautet dabei nicht, dass jede Zuwanderung schlecht sei. Entscheidend sei vielmehr, ob Migration Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich stärkt, oder ob die Belastungen für Kommunen, Schulen, Wohnungsmarkt und Sozialkassen dauerhaft größer werden als der Nutzen.

Wer kategorisch behauptet, Sozialmigration existiere überhaupt nicht, verliert aus Sicht vieler Menschen den Bezug zur Lebenswirklichkeit.